

Die EU sollte ihren 59 Mio. €-Deal mit israelischen Unternehmen zum Kauf von Drohnen zur Überwachung von Migranten kündigen

euromedmonitor.org, 05.05.2029

Prof. Richard Falk, Vorsitzender des Kuratoriums von Euro-Med Monitor

Angesichts der repressiven und unrechtmäßigen Art und Weise, in der Drohnen zur Unterdrückung der seit mehr als fünfzig Jahren unter Besatzung lebenden Palästinenser eingesetzt werden, ist es empörend, wenn die EU Drohnen von israelischen Herstellern kauft.

Eine der Drohnen, die *Frontex* in Auftrag gegeben hat, ist die *Elbits Hermes 900*, welche an der im besetzten Gazastreifen gefangen gehaltenen Bevölkerung im Jahr 2014 während der Operation *Protective Edge* (Schutzschild) getestet wurde.

Die Verträge der EU über 59 Mio. € mit israelischen Militärunternehmen zur Lieferung von Kriegsdrohnen zur Überwachung von Asylbewerbern auf See sind unmoralisch und von fragwürdiger Rechtmäßigkeit. Der Erwerb israelischer Drohnen durch die EU fördere Menschenrechtsverletzungen im besetzten Palästina, während der Missbrauch von Drohnen zum Abfangen von Migranten zu schwerwiegenden Missbräuchen im Mittelmeerraum führen würde, sagte der *Euro-Mediterranean Human Rights Monitor* heute in einer Erklärung. Die EU sollte diese Verträge unverzüglich kündigen und davon abrücken, Drohnen gegen Asylsuchende einzusetzen, insbesondere die Praxis, solche Personen nach Libyen zurückzuschicken und damit ihr Streben nach Sicherheit zu vereiteln.

Im vergangenen Jahr investierten die in Warschau ansässige Europäische Grenz- und Küstenwache, *Frontex*, und die in Lissabon ansässige Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs, EMSA, mehr als 100 Millionen Euro in drei Verträge für unbemannte Drohnen. Darüber hinaus gingen schätzungsweise 59 Mio.€ der jüngsten EU-Drohnenaufträge an zwei israelische Militärunternehmen: *Elbit Systems* und *Israel Aerospace Industries, IAI*.

Eine der Drohnen, die *Frontex* in Auftrag gegeben hat, ist die *Elbits Hermes 900*, welche an der im besetzten Gazastreifen gefangen gehaltenen Bevölkerung im Jahr 2014 während der Operation *Protective Edge* (Schutzschild) getestet wurde. Dies stellt eine EU-Investition in israelische Ausrüstung dar, deren Nutzwert sich erwiesen hatte im Verlauf ihres Einsatzes zur Unterdrückung des palästinensischen Volkes und zur Besetzung seines Territoriums. Diese Drohnenkäufe werden zu Recht als Unterstützung und Anreiz für einen solchen experimentellen Einsatz militärischer Technologie durch das repressive Regime Israels angesehen.

„Es ist skandalös, dass die EU Drohnen von israelischen Drohnenfirmen kauft, wenn man bedenkt, wie repressiv und rechtswidrig Drohnen eingesetzt werden, um die Palästinenser zu unterdrücken, die seit mehr als fünfzig Jahren unter der Besatzung leben“, sagte Prof. Richard Falk, Vorsitzender des Kuratoriums von *Euro-Med Monitor*. „Es ist auch inakzeptabel und unmenschlich, wenn die EU ganz gleich wie erworbene Drohnen einsetzt, um die Grundrechte von Migranten zu verletzen, die auf ihrer Suche nach Asyl in Europa ihr Leben auf See riskieren.“ Die Drohnenverträge der EU geben zusätzlich Anlass zu ernster Besorgnis, denn da die Operation *Sophia* am 31. März 2020 zu Ende ging, beabsichtigt die nachfolgende Operation *Irin*, solche militärischen Drohnen zum Überwachen und Liefern von

nachrichtendienstlichen Informationen über die Bewegungen von Asylbewerbern im Mittelmeer einzusetzen, und dies ohne Einsatzdokumentation für diejenigen, die auf See tödlichen Gefahren ausgesetzt sind. Umso mehr angesichts der Tatsache, dass im Jahr 2019 die Sterblichkeitsrate der Asylsuchenden, die versuchen, das Mittelmeer zu überqueren, dramatisch von durchschnittlich 2% auf 14% angestiegen ist.

Die EU sollte Menschenrechtsverletzungen an Palästinensern entgegenwirken, indem sie davon absieht, israelische Militärausrüstung zu kaufen, die in den besetzten palästinensischen Gebieten eingesetzt wird. Sie sollte generell davon absehen, militärische Drohnen gegen zivile Asylsuchende einzusetzen, und stattdessen ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen nachkommen.

Die Operation *Sophia* ist bei ihrem Patrouilleneinsatz im Mittelmeer völkerrechtlich dazu verpflichtet, Schiffen in Seenot zu helfen. So schreibt beispielsweise das Seerechtsübereinkommen (UNCLOSS) vor, dass alle Schiffe verpflichtet sind, die Begegnung mit einem Schiff in Seenot zu melden und darüber hinaus Hilfe anzubieten, einschließlich der Rettung. Da Drohnen keine lebensrettende Ausrüstung mitführen und nicht unter das UNCLOSS fallen, ist es notwendig, sich als Orientierungshilfe auf internationale Menschenrechtsnormen und das Völkergewohnheitsrecht zu stützen, um das Verhalten von Regierungen zu begleiten.

Euro-Med Monitor befürchtet, dass die bevorstehende Umstellung der EU auf den Einsatz von Drohnen anstelle von Schiffen im Mittelmeer den Versuch darstellt, das internationale Recht zu umgehen und die EU-Richtlinien, welche dazu verpflichten, das Leben von Menschen zu retten, die auf See gestrandet und in kritischer Gefahr sind, zu missachten. Die geplante Stationierung von Drohnen zeigt die Entschlossenheit der EU, Asylsuchende davon abzuhalten, in Europa sicheren Schutz zu suchen, indem sie die Gefangennahme auf See durch die libysche Küstenwache erleichtert. Diese Praxis käme einer Beihilfe zur Verfolgung von Asylbewerbern in den berüchtigten libyschen Gefangenenlagern gleich, in denen Folter, Sklaverei und sexueller Missbrauch weit verbreitet sind.

Im November 2019 bestätigte Italien, dass eine zu seiner Armee gehörende Militärdrohne in Libyen abgestürzt ist, als sie in einer Mission zur Eindämmung der Überfahrt von Migranten über das Meer unterwegs war. Dies gibt Anlass zu ernsthaften Bedenken, ob ähnliche Drohneneinsätze unter der diskreten Federführung der EU durchgeführt werden.

Die EU sollte Menschenrechtsverletzungen an Palästinensern entgegenwirken, indem sie davon absieht, israelische Militärausrüstung zu kaufen, die in den besetzten palästinensischen Gebieten eingesetzt wird. Sie sollte generell davon absehen, militärische Drohnen gegen zivile Asylsuchende einzusetzen, und stattdessen ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen nachkommen, indem sie den Flüchtlingen einen sicheren Zufluchtsort bietet.

Euro-Med Monitor betont, dass selbst im Falle des Einsatzes von Drohnen die Drohnenbetreiber in der EU nach internationalem Recht verpflichtet sind, die Grundrechte auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Menschen in einem Flüchtlingsboot, dem sie begegnen, zu respektieren.

Die Betreiber sind verpflichtet, jeden Vorfall unverzüglich den zuständigen Behörden zu melden und alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass Such- und Rettungsaktionen zum Wohle der in Gefahr befindlichen Migranten durchgeführt werden.

Zudem sollte die EU strengere Maßnahmen zur Transparenz und Rechenschaftspflicht in Bezug auf die Praktiken von *Frontex* durchsetzen, einschließlich der Einrichtung eines unabhängigen Überwachungsausschusses, der alle begangen-

en Verstöße untersucht und künftige Übertretungen verhindert. Schließlich sollte die EU die Auslieferung oder Abschiebung von Asylsuchenden nach Libyen, wo ihr Leben in ernster Gefahr wäre, verhindern und die Praxis der libyschen Küstenwache unterbinden, Migranten auf See zu verhaften und sie in ihren Besitz zu bringen.

Übersetzung: R. Häberle, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle:

<https://euromedmonitor.org/en/article/3529/EU-Should-Cancel-%E2%82%AC59M-Contractwith-Israeli-%20Companies-for-Drones-to-Surveillance-Migrants>

Link zur Petition:

Speak Up Now

No Israeli drones for EU's anti-migration policies (Keine israelischen Drohnen für die Antimigrationspolitik der EU)

<https://petition.stophewall.org/>